

# Die „Chance“ könnte doch noch eine Chance kriegen

Hitze Debatte im Ausschuss für Soziales und Arbeit. Mitglieder zeigen Unverständnis über die späte Info der Awo

Von Hendrik Niebuhr

**Gelsenkirchen.** Besteht doch noch eine Chance für die „Chance“? Im Ausschuss für Soziales und Arbeit wurde über die Schließung der Beratungseinrichtung für Strafgefangene und Haftentlassene durch die Awo diskutiert. Die Grünen-Fraktion hatte zuvor einen Antrag auf Dringlichkeit gestellt.

**„Wir sind in guten Gesprächen mit der Awo und anderen Wohlfahrtsverbänden.“**

Luidger Wolterhoff, Sozialdezernent

Dem Antrag wurde mit großer Mehrheit zugestimmt. Die Fraktionen zeigten sich verwundert, als Sozialdezernent Luidger Wolterhoff erklärte, dass die Verwaltung erst sehr spät über die Schließung der „Chance“ von der Awo informiert wurde. So ging das Schreiben vom 21. Dezember 2018 erst am 3. Januar diesen Jahres bei der Stadt ein. Die „Chance“ wurde nach 37 Jahren zum Jahreswechsel geschlossen. Viele Ausschussmitglieder waren vor



Für die Häftlinge der JVA Gelsenkirchen war die „Chance“ ein wichtiges Beratungsangebot.

FOTO: MARTIN MÖLLER

der Berichterstattung dieser Zeitung überhaupt nicht informiert.

Wolterhoff betonte allerdings, dass sich die Verwaltung „in guten Gesprächen mit der Awo und anderen Wohlfahrtsverbänden“ befinde, um womöglich einen neuen Träger zu finden. Die Vorsitzenden des Ausschusses, Lutz Dworzak und sein

Stellvertreter Axel Barton, sowie das beratende Mitglied Gudrun Wischniewski nahmen aufgrund ihrer Funktionen innerhalb der Awo nicht an der Beratung teil.

## Enttäuschung über Landesregierung

Klar ist: Durch die bereits verlorene Zeit drohen die 125.000 Euro, die es jährlich durch das Land NRW an Fördermitteln für das Beratungsangebot gab, verloren zu gehen. Die Awo hatte zuletzt Kritik an der Verschlechterung des Förderrahmens durch das Land geübt und damit die Schließung der „Chance“ begründet. Weitgehender Konsens im Ausschuss herrschte darüber, dass bei derartigen Hilfs- und Beratungsstellen eigentlich das Land in der Pflicht sei. „Ich bin sehr enttäuscht von der Landesregierung“, sagte etwa Manfred Leichtweis von der SPD-Fraktion.

Burkhard Willscheidt von den Grünen hatte gegen Ende der Debatte noch eine mögliche Lösung parat. Eine Mitgliedsorganisation des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes soll Interesse haben, das Beratungsangebot fortzuführen. Luidger Wolterhoff kündigte an, das Angebot in der Verwaltung zu prüfen. In der nächsten Ausschusssitzung am 27. Februar soll die Debatte über das mögliche Fortbestehen der „Chance“ fortgesetzt werden.